

# i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 316

11. Aug. 2004

10. Jahrgang

## Nicht eine Tote mehr!

### Kampagne gegen Frauenmorde in Guatemala

Tagtäglich werden in Guatemala Frauen und Mädchen auf grausame Weise ermordet. Der Femizid (Ermordung von Frauen wegen ihres Frau-Seins) ist eine Form des Terrors, dem Guatemaltekinen seit 2001 verstärkt ausgesetzt sind. Durch Ciudad Juárez im mexikanischen Norden ist in Europa das systematische Morden von vorwiegend jungen Frauen bekannt geworden. Doch auch die Länder Zentralamerikas sind von dieser Form der Gewalt gegen Frauen betroffen. In Guatemala übersteigen die Zahlen der Frauenmorde inzwischen diejenigen von Mexiko.

Die aktuelle mediale Berichterstattung über das Phänomen "Gewalt" ist geprägt von möglichst schauererregenden Bildern, tendenziösen Versuchen, die Ursprünge und Hintergründe des zunehmenden Mordens zu erklären und Anschuldigungen an die Regierung, hauptverantwortlich für das "Übel" zu sein. Spezielles und besonders sensationalistisches Augenmerk wird den mehr und mehr bekannt gewordenen Frauenmorden geschenkt. Diese haben im Vergleich zu den ebenfalls zunehmenden Morden an Männern eine klar sexuelle Konnotation, die meisten der Frauen wurden vor ihrem Tod vergewaltigt und gefoltert, sexistische Ausdrücke wurden ihnen in die Haut geritzt oder auf am Körper der toten Frauen angebrachte Zettel geschrieben. In den vergangenen 24 Monaten wurde durchschnittlich eine Frau pro Tag ermordet, Tendenz steigend. Die meisten dieser Morde geschehen in der Hauptstadt. Wirklich zuverlässige Statistiken gibt es nicht, weder über die Anzahl der Morde noch über ihre Hintergründe. Während die Zahlenaufstellungen von Menschenrechts- oder Frauenorganisationen aufgrund unterschiedlicher Quellen variieren, hat Vizepräsident Eduardo Stein eine ganz eigene Art, Statistiken zu fälschen. "Im Vergleich zum letzten Jahr ist die Anzahl der Gewalttaten stabil geblieben. Das einzige Problem sind die Frauenmorde", sagte Stein Ende Juli gegenüber der Tageszeitung *SigloXXI*. Damit gibt er klar zum Ausdruck, dass es für ihn unterschiedlich wertvolle Leben, bzw. Tode gibt, und Frauenmorde klammert er lieber aus, wenn es um das Erstellen einer Statistik geht.

Ernsthafte Untersuchungen seitens der Behörden oder der Polizei gibt es nicht, dafür umso mehr hanebüchene Erklärungsversuche über die Urheberchaft bzw. über die Gründe der Frauenmorde.

#### Abrechnung unter Banden oder systematischer Femizid?

Lieblingstäter Nr. 1 sowohl der guatemaltekischen Behörden wie auch der Presse und der Bevölkerung sind die *maras*, die kriminellen Jugendbanden. Der "Beweis": Ein Teil der ermordeten Frauen trägt Tattoos, ein Markenzeichen, durch das sich in Guatemala die meisten Mitglieder

von Jugendbanden auszeichnen. Bei den Gründen gibt es dann aber bereits Unterschiede: Während die einen von Abrechnungen zwischen verschiedenen *maras* sprechen, bei denen die Frauen und Freundinnen der Bandenmitglieder die Opfer sind, erklären es andere damit, dass Frauen immer häufiger selbst aktive Mitglieder von *maras* sind, die sich in die "dunkle Welt" der Drogen und somit in Gefahr begeben. Eine Weiterführung der *mara*-These ist, dass diese wohl die ausführenden Täter sind, dahinter jedoch das organisierte Verbrechen und die Drogenkartelle stecken. Das Ziel: die Destabilisierung der Regierung, die in den letzten Monaten ein paar spektakuläre Fänge in der Drogen- und Mafiaszene gemacht hat.

Die guatemaltekische Kriminalpolizei untermauert diese These mit ihrer Statistik, gemäss der 40% der ermordeten Frauen etwas mit den *maras* zu tun gehabt hätten, weitere 30% in den Drogenhandel verwickelt, 20% der Morde die Folgen eines Liebesdramas und 10% so genannte Zufälle gewesen seien.

Die offiziellen Daten der Polizei sprechen jedoch eine andere Sprache: 15% der ermordeten Frauen seien selber Mitglieder oder Angehörige von Mitgliedern von Jugendbanden, 4% seien in den Drogenhandel involviert, während 44% der Morde auf innerfamiliäre Gewalt zurückzuführen seien. Die restlichen 37% vermag die Polizei nicht eindeutig zu klassifizieren.

Diese Zahlen bestärken das Argument der Frauenorganisationen, dass es sich bei den Frauenmorden um ein geschlechtspezifisches Phänomen, also um Femizid, handelt. Auch Giovanna Lemus vom *Netzwerk gegen Gewalt gegen Frauen* teilt diese Ansicht. Häusliche Gewalt habe es schon immer gegeben, neu sei, dass die Behörden endlich eine Statistik darüber führten, gleichzeitig aber zu verhindern versuchten, dass diese öffentlich werde. Weiter kritisiert Lemus die Medien und die Kirche wegen ihrer Doppelmoral, mit der Frauen, die sich für ihre Rechte einsetzen, als verrückte Feministinnen, Huren oder Abtreiberinnen abgestempelt würden.

Laura Asturias, Herausgeberin der feministischen

Internetzeitung Tertulia ([www.la-tertulia.net](http://www.la-tertulia.net)) beschuldigt die Regierung, durch eine fehlende Sicherheitspolitik und durch falsche Prioritätensetzung mitschuldig an den Frauenmorden zu sein. Die *maras* seien nicht das einzige Problem, viel wichtiger sei es, häusliche Gewalt als ein die ganze Gesellschaft betreffendes Übel anzuerkennen. Die Regierung müsse endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und aufhören, die Schuld den Frauen zuzuschreiben, ihrer Art, sich zu kleiden oder ihrem Wunsch, ausser Haus zu arbeiten. Und gemäss Ileana Alamilla, Direktorin der Nachrichtenagentur CERIGUA, welche seit Jahren das Thema Gender und Medienberichterstattung verfolgt, seien die heutigen Gewaltexzesse eine Spätfolge des bewaffneten Konflikts. Umso dramatischer sei es, wenn "die Behörden heute solche Barbarei mit dem Vorwurf rechtfertigen, die Frauen oder Jugendlichen seien Mitglieder von Banden, illegalen Gruppen oder gingen der Prostitution nach", so die engagierte Journalistin in einem internationalen Aufruf.

### Konjunkturelles oder strukturelles Phänomen?

Der Vorwurf von Alamilla zielt in die Richtung, die auch Marina de Villagrán, Sozialpsychologin und Spezialistin für politische Gewalt an der Universität San Carlos vertritt: Es fehle eine tiefergehenden Analyse über die Gründe der Gewalt. Gemäss de Villagrán könnten die Ursachen in drei Kategorien aufgeteilt werden: strukturell, personal und kulturell. Die gängigen Erklärungsmuster würden sich vorwiegend auf die personale Gewalt stützen, also auf Beziehungsprobleme, Liebesdramen, persönliche, zwischenmenschlichen Abrechnungen, wohingegen die strukturellen Ursachen von Gewalt nie zur Diskussion gestellt würden. Als strukturelle Ursachen für Gewalt sieht sie z.B. den politischen Machtkampf, die Globalisierung, die Glorifizierung von Gewalt in der Unterhaltungsindustrie, die sozialen Geschlechterkonstruktionen sowie die Intoleranz gegenüber anderen Lebensformen. Zwar sei z.B. Armut als Ursache von Gewalt ein Thema, das jedoch sehr oberflächlich behandelt würde, wobei die Ursachen der Armut nicht hinterfragt würden.

### Die Reaktion der Regierung

Die bisherige Reaktion der Regierung war eher zögerlich und hilflos. Der (unterdessen Ex-) Innenminister Arturo Soto erklärte am 1. März, er wolle die Unterstützung der mexikanischen Regierung einholen und auf deren Erfahrun-

gen in Ciudad Juárez zurückgreifen, da er Ähnlichkeiten in der Vorgehensweise der Täter sehe. Diese Idee wurde von Laura Asturias stark kritisiert: "Hilfe bei der mexikanischen Regierung zu beantragen ist das Dümme, das sie machen können und ein enormer Zeitverlust. Die mexikanischen Behörden sind von *Amnesty International* und der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) als inaktiv und ineffizient bezeichnet worden. Die Lösung des Problems von Guatemala liegt nicht in Ciudad Juárez, sondern bei den guatemaltekischen Behörden." Unterdessen wurden weitere oberflächliche Massnahmen beschlossen, um der Gewalt zu begegnen. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, auffällige Personen in ihren Wohnvierteln anzuzeigen, eine Entwaffnungskampagne wurde zwar eingeleitet, stösst aber auf keine grosse Begeisterung in der Bevölkerung, da sich diese lieber "selber schützt, wenn es die Polizei schon nicht tut" und seit Juli patrouillieren in den als "Roten Zonen" deklarierten, besonders gefährlichen Gebieten der Hauptstadt kombinierte Militär-/Polizeitruppen, ein von der guatemaltekischen Gesellschaft aus historischen Gründen nicht als vertrauenswürdig eingestuftes Duo.

### Internationaler und nationaler Protest

Das guatemaltekische Drama der Frauenmorde hat dazu geführt, dass im Februar dieses Jahres die UNO-Sonderbeauftragte für das Thema Gewalt gegen Frauen, Yakin Ertürk, das Land besuchte und in ihrem Bericht ebenfalls auf die geschlechtsspezifische Dimension des Phänomens verwies. Damit stützt sie eine Kampagne des *Netzwerks gegen Gewalt gegen Frauen*, welche seit November 2003 läuft. "Für das Leben der Frauen – nicht eine Tote mehr" ist der Slogan dieser Kampagne, in deren Verlauf die guatemaltekische Regierung vor der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* verklagt wurde und Protestaktionen vor dem Innenministerium und der Staatsanwaltschaft durchgeführt wurden. Der Frauenkommission des guatemaltekischen Kongresses wurde ein Forderungskatalog überreicht, in dem u.a. die sofortige Verabschiedung und Umsetzung einer bereits im März 2002 von der Frauenbewegung eingebrachten Revision des Strafgesetzes bezüglich häuslicher Gewalt gefordert wird.

Die Kampagne des *Netzwerks gegen Gewalt gegen Frauen* wird nun auch mit einer Unterschriftenaktion in Deutschland, Österreich und der Schweiz unterstützt. Zusammen mit den Unterschriften soll der guatemalteki-

schen Regierung ein Schreiben überreicht werden, aus dem wir im Folgenden zitieren:

"Verschiedene Organisationen und Frauengruppen der Solidarität mit Guatemala unterstützen die Forderungen des Frauennetzwerkes gegen Gewalt *Red de la No Violencia contra la Mujer*. In Solidarität mit der guatemaltekischen Zivilgesellschaft, den Frauen und den Familienangehörigen der Opfer fordern wir, die Gewalt umgehend zu stoppen und die Tötungsdelikte aufzuklären. Wir unterstützen die Forderungen der *Red de la No Violencia contra la Mujer* und fordern, dass

1. das Innenministerium eine Kampagne zur Sensibilisierung gegenüber und Vermeidung der Gewalt gegen Frauen durchführt;

2. eine geographische Übersicht über die für Frauen gefährlichsten Zonen Guatemalas darstellt und dort eine konstante und effektive Polizeipräsenz garantiert ist;

3. eine intensive Untersuchung gestartet wird, die die Verantwortlichen der Mordtaten genau bestimmt;

4. die Untersuchungen der einzelnen Fälle in Koordination zwischen der Nationalen Zivilpolizei und dem Innenministerium stattfinden;

5. das Innenministerium die Nachforschungen und Untersuchungen fortsetzt, die Verantwortlichen verfolgt und eine rechtmässige Strafe erlässt.

Mit den Strukturen des Terrors, der Männerdominanz, der Repression und der steten Unsicherheit, die im Land herrschen, muss sofort Schluss gemacht werden. Guatemala hat u.a. die *Konvention gegen jegliche Form der Gewalt gegen Frauen* unterzeichnet. Im Sinne der internationalen Menschenrechtskonvention fordern wir den guatemaltekischen Staat auf, das Leben und die Menschenrechte aller Frauen zu schützen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Ethnie, politischen Überzeugung oder sexuellen Orientierung. Ausserdem fordern wir, dass die klandestinen Strukturen umgehend aufgelöst und die patriarchalen Strukturen transformiert werden.

Wir fordern ein würdevolles Leben für alle Guatemaltekinnen, und dass endlich nach vielen Kriegsjahren eine demokratische Gesellschaft aufgebaut wird und die Wurzeln der Straflosigkeit bekämpft werden."

Kampagnenmaterial wie Unterschriftbogen, Musterbrief und weiterführende Texte (auf Spanisch) zum Thema können bestellt werden bei: [ines\\_rummel@yahoo.com.mx](mailto:ines_rummel@yahoo.com.mx)

## Steine im Weg der *Defensoría de la Mujer Indígena*

**Guatemala, 26. Juli.** Gerade noch wurde das 5jährige Bestehen der Frauenrechtsorganisation *Defensoría de la Mujer Indígena* (DEMI) begangen und die Anstrengungen und Erfolge der Institution in Form von Aktionen zur Prävention und Tilgung jeglicher Form von Gewalt und Diskriminierung gegen die indigenen Frauen sowie die Verteidigung ihrer Rechte gefeiert. Doch schon wenige Tage später gab die Leiterin der Institution, María Teresa Zapeta, bekannt, dass die regionalen Büros der DEMI telefonische Drohungen erhalten, in denen die Mitarbeiterinnen beleidigt und eingeschüchtert werden. Die Anrufe seien direkt an DEMI-Aktivistinnen gerichtet, die in speziellen Fällen ermitteln.

Die Organisation wurde im Juli 1999 gegründet und verfolgt das Mandat, die Anzeigen von indigenen Frauen entgegenzunehmen, sie an die verantwortlichen Rechtsstellen weiterzuleiten und sich um die Erfüllung des weiteren *Procederes* zu kümmern. Ausserdem entwickelt, koordiniert und führt die DEMI Aus- und Fortbildungsprogramme und solche zur Verbreitung von Informationen aus, mittels derer die Rechte der (indigenen) Frauen bekannt gemacht werden. Ihr Zentralsitz ist in der Hauptstadt, die Existenz von Zweigstellen ist unzureichend, was das Anzeigen von Verbrechen sehr behindert. Neben der Hauptstadt gibt es ein "komplettes" und funktionierendes Büro der DEMI

in Quiché und eines in Cobán. Hier arbeiten jeweils eine Vertreterin der Defensora, eine Anwältin, zwei Sozialarbeiterinnen und zwei Hilfskräfte. Laut Gründungsmandat sollte die nationale Präsenz kontinuierlich steigen, doch es fehlt am Geld.

Im Grunde ist die DEMI eine staatliche Institution, als solche erhält sie im Vergleich den kleinsten Etat, der, wie in allen anderen Ressorts, jetzt um 20% gekürzt worden ist. Die disponierten 1.600 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 200.000) pro Jahr reichten gerade einmal für die Miete bis Ende des Monats Juli, so Zapeta bei einem Besuch in Deutschland. Auch die Billigung der Finanzierung des Fiskalpakets habe keine positiven Konsequenzen für die DEMI. Die grösste Marginalisierung gehe dabei direkt vom Staat selbst aus. Um dies zu ändern, arbeite in der DEMI eine Fachfrau in der Strategieabteilung, um die politische Wirkung zu stärken und das Profil der DEMI anzuheben. Dafür notwendig seien Sensibilisierungskampagnen auf allen Ebenen.

Ein wichtiges Vorhaben ist derzeit der Prozess der Autonomisierung der DEMI. Bislang existiere sie allein als "Aktivität" der *Präsidentialen Menschenrechtskommission* COPREDEH und tauche nicht explizit als Institution in der Haushaltsliste des Finanzministeriums auf, würde deswegen übergangen, berichtet die DEMI-Leiterin.

Derzeit arbeiten die Aktivistinnen

an einer Untersuchung über die Situation der indigenen Frauen. Doch die alltäglichen Erfahrungen berechtigen die Mitarbeiterinnen der DEMI schon jetzt zu tiefer Besorgnis hinsichtlich der Bedingungen der Ungleichheit, Ungerechtigkeit und sozialen Behinderung, die im Besonderen die indigenen Frauen betreffen. Diese rassistischen Diskriminierungen finden sowohl auf privater als auch auf institutioneller Ebene statt. Diesbezüglich forderte die DEMI tiefgreifende Ermittlungen, gerade auch der sich mehrenden Morde an Frauen, deren Zahl mittlerweile die 250 allein in 2004 überschritten hat, und ferner die Revision von Gesetzen und Regelungen für Arbeitsanstellungen, bei denen die indigenen Frauen konsequent benachteiligt werden.

Der alltägliche Rassismus bezieht sich nicht selten auf die Zugangsverweigerung von öffentlichen Institutionen oder auch Diskotheken aufgrund der indigenen Tracht, denen sowohl prominente Indígenas wie die Anthropologin Irma Alicia Velásquez Nimatuj oder Rigoberta Menchú als auch Jugendliche zum Opfer fallen.

Doch weder die eingeschränkte finanzielle Situation der *Defensoría de la Mujer Indígena* noch die Bedrohungen schmälern den Kampfgeist der organisierten Frauen, die in den vergangenen Jahren bereits rund 2'000 Frauen in sozialer wie juristischer Hinsicht begleitet haben.

## Flexibilität: Ein Armutsurteil für die Frauen

**Guatemala, 04. August.** Der Begriff "Flexibilität" im Arbeitsabkommen des Freihandelsvertrags TLC, das derzeit zwischen den USA und Zentralamerika zur Ratifikation steht, bedeute, dass die Arbeiterin in einer *Maquila* (transnationaler Lohnveredelungsbetrieb, in dem unter meist prekären Arbeitsbedingungen Textilien und Computerteile massenweise hergestellt werden, *die Red.*), noch mehr Stoffe in noch kürzerer Zeit fertigen muss - ein Anspruch, der die bestehende Ausbeutung und geringe Bezahlung bei Nichterfüllung noch verschärfen wird, so Alejandrina Marroquín, Vertreterin des Gender-Programms vom Menschenrechtszentrum CALDH.

Das Kriterium "Flexibilität" sei Voraussetzung dafür, qualitative Exportprodukte zu fabrizieren, die zu einem höheren Preis verkauft werden könnten. Mit den (zentralamerikani-

schen) Ländern, in denen die Unternehmen ihre Fabriken unterhalten, haben die transnationalen Firmen ausgehandelt, dass auf den Export der fertigen Produkte keine Steuern erhoben werden, was den Gewinn nochmals erhöht. Durch die vereinbarte Flexibilität erhoffen sich die jeweils verantwortlichen Verhandlungsakteure der zentralamerikanischen Länder einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Asien und Europa.

Von der Zusicherung nötiger Gesundheitskonditionen am Arbeitsplatz oder gar von Mindestlöhnen sei dagegen keine Rede, so Marroquín. Die "Flexibilitätspflichten", die die *Maquila*-Besitzenden den Arbeitenden auferlegen, darunter ständige Überstunden, das Ertragen einer prekären hygienischen Situation und das Fehlen von Lohnzusatzleistungen, trügen gemäss der Expertin dazu bei, dass die Frau weder fachliche Fähigkeiten noch

physische Kräfte entwickeln kann, um wirklich im Schneider von Kleidung wettbewerbskompetent zu werden.

Die CALDH-Aktivistin ist der Ansicht, dass die guatemalteckische Regierung die Gründung von nationalen Fertigungsstätten vorantreiben sollte. Derzeit seien alle *Maquilas* in transnationalem Besitz, die die Frauen ausbeuten und Kapital generieren, das ausschliesslich ins Ausland fliesse.

Die *Mesoamerikanische Initiative für Handel, Integration und Nachhaltige Entwicklung* (CID) schätzt in ihrer Publikation "Regionaler Vorschlag in Bezug auf die Verhandlungen eines Freihandelsvertrages", dass rund 80% der in *Maquilas* Beschäftigten weiblich seien. Diese Frauen seien, so der Bericht, schon jetzt ständig der Lohndiskriminierung, der Erhöhung der Intensität der Arbeitszeit, dem Mangel an Lohnzusatzleistungen und sexueller Belästigung ausgesetzt.

## Wechsel im Innenministerium

**Guatemala, 6. August.** Am 19. Juli reichte Innenminister Arturo Soto seinen Rücktritt ein. Die offizielle Version war, dass er bereits bei der Übernahme des Amtes im Januar angekündigt, diesen Posten nur für 6 Monate zu besetzen. Keine Woche nach dem Rücktritt wurde er zum Botschafter in Mexiko ernannt.

Die inoffizielle Version lautet, die Ermordung von Jaime Cáceres Knock, Präsident des Nationalen Elektrizitätswerks (INDE) und Mitbegründer der antikomunistischen Partei *Movimiento de Liberación Nacional* sei der Grund für den Rücktritt Sotos. Mit Cáceres Knock ist zum ersten Mal eine öffentlich bekannte Persönlichkeit Opfer der jüngsten Gewaltwelle geworden, wobei es widersprüchliche Aussagen darüber gibt, ob es ein "gemeines" oder politisches Verbrechen war.

In den Tagen der Spekulation über

die Nachfolge von Soto entpuppte sich der bisherige Spezialkommissar für Transparenz, Carlos Vielman, als Spitzenkandidat und wurde dann auch prompt von Präsident Berger zum neuen Innenminister ernannt. Mit Soto traten zwei seiner Vizeminister, Angel Conte und Oscar Montoya sowie der Polizeidirektor, Gustavo Dubón, gleichfalls zurück und wurden ebenso ersetzt. Kritisiert wird an der Auswahl der neuen Equipe im Innenministerium, dass sie jung und unerfahren sei, ein Argument, das Präsident Berger mit den Worten "Was zählt, ist die Lust, etwas zu tun", quittierte.

Die Expertin in Sicherheitsfragen, Carmen Rosa de León, befürchtet, dass der Wechsel im Innenministerium mehr Instabilität in der Regierung zur Folge habe. Mit dem Auswechseln der Minister Spitze verliere die Regierung viel mehr als

nur die sechs Monate Zeit. Die parallelen Kräfte würden dies nutzen, um ihre Strategie den neuen Gegebenheiten anzupassen. "Die sind nicht dumm und wissen ihre Intelligenz zu nutzen". (*Inteligencia* heisst auf Spanisch nicht nur "Klugheit" und "Verstand", sondern auch der Geheimdienst...)

Nach der Amtsübernahme am 24. Juli versicherte Vielman, er werde die von seinem Vorgänger eingeleiteten Massnahmen in Sachen Sicherheit und Bekämpfung der Gewalt weiterführen. Als prioritär nannte er die Säuberung der Polizei und die Schaffung eines zivilen Geheimdienstes. Er sei sich der knappen finanziellen Mittel bewusst, über die das Ministerium verfüge, doch hoffe er auf Einnahmen über das Fiskalwesen und auf internationale Unterstützung, erklärte Vielman gegenüber der Presse.

## Kreuzzug gegen die Gewalt

**Guatemala, 5. Aug.** Seit gut zwei Wochen führt die guatemaltekeische Regierung einen "Kreuzzug gegen die Gewalt". 4008 Personen, davon etwas mehr als ein Drittel Militärangehörige und der Rest PolizistInnen, bilden die Elitetruppe, welche in den als besonders gefährlich und gewalttätig definierten Stadtvierteln während 24 Stunden am Tag zu Fuss, mit dem Motorrad oder einer Polizeistreife patrouillieren. Zumindest medial funktioniert die Aktion: Bereits nach zwei Tagen zitierten die Medien BürgerInnen, die sich durch die Massnahme "sicherer" fühlten, und gemäss Innenministerium gingen auch die Gewalttaten in den überwachten Gebieten zurück. Unterdessen hätten aber die Delinquenten den Zeitplan der Patrouillen durchschaut und würden vor allem die Zeit des Schichtwechsels nutzen, um Überfälle zu starten, erklärte der neue Innenminister Carlos Vielman, weshalb man die Strategie überdenken müsse.

Im Vorfeld der Einsetzung der neuen Elitetruppe kam es in der Polizeiakademie zu aufstandähnlichen Protesten. Die zusätzlichen Polizeikräfte werden nämlich aus den Departements rekrutiert, z. T. gegen ihren Willen, und die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die ihnen die Polizeiinstitution in der Hauptstadt bietet, sind miserabel. Offiziell hiess es, der Aufruhr in der Polizeiakademie habe nach dem Selbstmord eines Polizisten begonnen, dem die Erlaubnis verweigert wurde, seine kranke Mutter im Landesinnern zu besuchen, nachdem er bereits 22 Tage am Stück Dienst geleistet hatte. Die Version des Selbstmordes wurde jedoch angezweifelt und ist nun auch Gegenstand einer internen Untersuchung, denn die Art

des Einschusses in den Körper des toten Polizisten sprechen gegen einen Selbstmord.

Die Proteste richteten sich in erster Linie gegen die Arbeitsbedingungen (Unterkünfte, Ernährung, Arbeitszeiten, Löhne etc.). Ausserdem wurde, wegen seiner Unfähigkeit, die Absetzung des im Rahmen des Wechsels im Innenministerium neu eingesetzten Polizeichefs, Erwin Speiseren, gefordert.

Die Einsetzung der Elitetruppe wird von VertreterInnen sozialer Organisationen kritisiert. Militärangehörige seien zum Kämpfen ausgebildet und nicht im Umgang mit der Zivilbevölkerung, meinte Rafael Chanchavac von der BäuerInnenorganisation CNOC. Auf die Gefahr, was es bedeute, die PolizistInnen aus dem Landesinnern abzuziehen und diese Gegenden ungeschützt zu lassen, wies Rosalina Tuyuc hin, während es und seitens der Menschenrechtsorganisation CALDH hiess, das Militär habe sich nicht einzumischen, wenn es um die innere Sicherheit des Landes gehe.

Die Umstände, unter denen die Elitetruppe eingesetzt wurde, lassen Zweifel aufkommen, dass das Problem der Gewalt an seinen Wurzeln, d.h. strukturell, angegangen wird. Auch die anderen Massnahmen, welche von der Regierung im Rahmen des "Kreuzzugs gegen die Gewalt" überlegt oder bereits eingeführt wurden, bleiben oberflächlich und auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtet.

Einer der Vorschläge, die Einführung einer Sperrstunde in besonders gefährdeten Gebieten, kam von Kongresspräsident Rolando Morales. Die Idee stiess jedoch auf Ablehnung innerhalb der Zivil-

gesellschaft mit der Begründung, dass sie die Rechte der BürgerInnen, konkret das Recht auf Bewegungsfreiheit, einschränke. Auch im Kongress und bei Präsident Berger hatte der Vorschlag keinen Erfolg.

Seit dem 3. August ist eine Verschärfung des Alkohol-Ausschankgesetzes (*ley seca*) in Kraft. Damit ist es in Restaurants und Bars verboten, zwischen ein und sieben Uhr in der Früh Alkohol auszuschenken, Lebensmittelläden und Tankstellen dürfen bereits ab 21 Uhr keine alkoholischen Getränke mehr verkaufen. Diese Massnahme wurde zwar grundsätzlich begrüsst, doch ist man sich einig, dass auch sie nicht genug ist, um das Problem der Gewalt zu bekämpfen.

Die Anfang Juni unter grossem Brimborium eingeleitete Entwaffnungskampagne (Waffen gegen Haushaltsgeräte) befindet sich in einer ähnlichen Sackgasse. Im Moment findet ein Rechtsstreit darüber statt, ob untersucht werden müsse, ob die eingetauschten Waffen legal oder illegal erworben wurden und, je nach dem, ein Gerichtsverfahren eingeleitet werden müsse. Nicht gerade die besten Voraussetzungen, um die Leute zur Abgabe ihrer Waffen zu motivieren. Ebenso gibt es Stimmen, die sagen, solange die Polizei nicht in der Lage sei, die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren, würden sie ihre Waffen sicher nicht freiwillig abgeben.

Derweil werden weiterhin täglich zwischen zehn und fünfzehn Personen tödliche Opfer von Gewalt. (Zum Vergleich: Während der schlimmsten Zeit der Repression waren es täglich durchschnittlich acht Personen, die Opfer der staatlich organisierten Gewalt wurden.)

## Bombenalarm

**Guatemala, 05. August.** Zwei Telefonanrufe, in denen jeweils eine Bombendrohung erfolgte, erreichte am Montag die Staatsanwaltschaft gegen Korruption. Der Leiter der Institution, Celvin Galindo, wahrte diesbezüglich die Fassung. Er habe Spezialkräfte der Polizei angefordert, deren Inspektion ein negatives Resultat zur Folge hatte. Für ihn scheint die Drohung keine Überraschung. "Wir müssen die Richtung unserer Arbeit weiterverfolgen. In Bezug auf das Personal sind manche empfindlicher als andere, aber in diesem Job kennt man das Risiko, das man eingeht, und wir machen weiter. Uns hält niemand auf", so Galindo.

Am vorherigen Freitag gab es einen falschen Bombenalarm im Menschenrechtsprokurat (PDH), und auch die telefonischen Warnungen, am Montag um zehn Uhr würde im *Höchsten*

*Wahlgericht* (TSE) eine Bombe explodieren, stellte sich als haltlos heraus, setzte die Angestellten jedoch in Schrecken.

Edmundo Urrutia, vom *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE) ist der Auffassung, dass die Bombendrohungen und die Morde, die in den letzten Tagen das Land heimsuchten, Instrumente seien, die illegale politische Kräfte benutzen, um ein Klima der Unsicherheit zu schüren und dem Image der Regierung zu schaden. Neben dem Hinweis auf die Erarbeitung von kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen in Richtung einer Sicherheitspolitik von Seiten der Regierung, unterstrich Urrutia die Bedeutung des Urteils vom Verfassungsgericht in Bezug auf die Unklarheit ob der Verfassungswidrigkeit des Projekts zur Gründung der *Untersuchungskommission Illegaler Körperschaften und klandestiner Sicherheits-*

*apparte* (CICIACS). (Dieses Urteil wurde am 5. August gefällt, und zwar positiv. Damit rückt die Einsetzung der CICIACS noch weiter in die Ferne. Ein frustrierendes Urteil für die InitiantInnen der CICIACS und eine Bestärkung für alle, die einen funktionierenden Rechtsstaat fürchten.) Innenminister Carlos Vielmann stimmt mit Urrutia überein. Die Bombendrohungen seien die Reaktion von Gruppen, die sich durch die Bekämpfung des Verbrechens und der organisierten Kriminalität unter Druck gesetzt fühlen. Laut Vielmann bestehe eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und dem Höchsten Gerichtshof (CSJ) hinsichtlich einer einheitlichen Front im Kampf gegen das allgemeine und organisierte Verbrechen. Zudem untersuche der Kriminalermittlungsdienst (SIC) die Bombendrohungen, um deren Herkunft festzustellen.

## Keine Militärhilfe aus den USA

**Guatemala, 22. Juli.** Bei der mit der Reduzierung der Streitkräfte einhergehenden Modernisierung der Armee, hoffte Präsident Oscar Berger stark auf die Unterstützung der USA. Um dort über den Transformationsprozess innerhalb der Armee zu berichten und in der Hoffnung, die Regierung der Vereinigten Staaten würde das 1977 verhängte Militärembargo aufheben, reiste Mitte Juli eine Delegation hoher Staatsmänner in den Norden.

Ursprünglich wurde die Weigerung, keine Waffen nach Guatemala zu verkaufen begründet mit dem Grenzstreit zwischen Guatemala und Belice und der "Gefahr einer guatemalteckischen Invasion im Nachbarland".

Später, in den 80er Jahren wurden dann die systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die guatemalteckische Armee als Grund aufgeführt und die Ermordung des US-Bürgers Michael Devine im Jahre 1990 führte zur Einstellung sämtlicher Militärhilfe. Guatemala sah sich gezwungen, seine Waffen (z.B.) in Israel und seine Flugzeug (z.B.) in der Schweiz zu kaufen. Nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen 1996, war der Grund für die Aufrechterhaltung des Embargos die Weigerung, das Militär zu Reduzieren.

Gemäss Vizepräsident Eduardo Stein, der die Delegation anführte, seien unter den US-amerikanischen Senatsmitgliedern völlig veraltete Bilder über Guatemala verbreitet, Bilder, die der Vergangenheit angehörten. "Unser Vorhaben ist, dem Senat und sonstigen Grup-

pen, die Guatemala immer wegen der herrschenden Straflosigkeit verurteilt haben, zu beweisen, dass eine neue Ära begonnen hat. Ein Ära, in der alles daran gesetzt wird, den Rechtsstaat durchzusetzen und wo ehemalige Staatsfunktionäre, die das Gesetz verletzt haben, zur Rechenschaft gezogen werden". In diesem Sinne gehe es bei der Transformation der Armee um eine strategische Reform und nicht bloss um eine zahlenmässige Reduktion der Armeeangehörigen. "Die Vereinigten Staaten haben früher unsere aufstandsbekämpfende Armee ausgerüstet und ausgebildet. Wir sind der Meinung, dass die USA eine historische Verantwortung haben und schon deshalb die Gründung einer funktionierenden Armee im demokratischen Guatemala unterstützen müssen", erklärte Stein vor seiner Reise zuversichtlich.

Begleitet wurde der Vizepräsident auf seiner Reise von Verteidigungsminister César Augusto Méndez und Frank LaRue, Leiter der *Präsidentialen Menschenrechtskommission*, COPREDEH.

Doch Steins Bemühungen scheiterten und der US-amerikanische Kongress entschied sich für die Aufrechterhaltung des Embargos bis mindestens Oktober 2005. In der entsprechenden Resolution wird über Guatemala hinaus auch die Militärhilfe an Indonesien und den Sudan verweigert. Von den lateinamerikanischen Ländern ist nebst Guatemala einzig Kuba von der US-amerikanischen Militärhilfe ausgeschlossen.

Nun wird an andere Türen geklopft. Nach der Absage der USA knüpfte Prä-

sident Berger in Guadalajara, Mexiko, wo er am Iberoamerikanischen Gipfel teilnahm, diesbezügliche Kontakte mit dem deutschen Kanzler Gerhard Schröder und dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inacio Lula da Silva. Bereits zuvor behandelte er das Thema Militärhilfe mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac. Auch mit der kolumbianischen Regierung wurde eine Annäherung gesucht: Ende Juli reisten Aussenminister Jorge Briz und Verteidigungsminister Méndez Pinela nach Kolumbien, wo sie mit Präsident Alvaro Uribe ein Abkommen über ein gemeinsames Justiz- und Sicherheitsprogramm unterzeichneten, um den "Drogenhandel und damit verbundene Delikte wie den Terrorismus und die internationale Delinquenz zu bekämpfen". Weiteres Thema der Reise war ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern.

Wer hingegen bereits zugesagt hat, die Modernisierung der guatemalteckischen Armee, die Ausbildung der Polizei und die Schaffung eines zivilen Geheimdienstes zu unterstützen, ist Chile.

Gemäss Edgar Gutiérrez, ehemaliger Aussenminister Guatemalas, muss das Land wohl erst noch ein paar Bedingungen erfüllen, bevor die USA das Militärembargo lockert bzw. aufhebt. Eine davon könnte – neben Transparenz und Demokratisierung des Militärapparates – die Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens sein, in dem sich Guatemala verpflichtet, keine US-amerikanischen Militärangehörigen vor dem internationalen Strafgerichtshof anzuzeigen.

## Guatemala: Schuldig im Fall Carpio Nicolle

**Guatemala 18. Juli.** Als wertvolles Exempel mit internationaler Bedeutung für den Kampf gegen nicht verfolgte Verbrechen gegen JournalistInnen der Region wertete die *Interamerikanische Presse-Sozietät* SIP die Übernahme der Verantwortung von Seiten des guatemalteckischen Staates für den Mord an dem Politiker und Journalisten Jorge Carpio Nicolle. In einer Pressemitteilung drückte die SIP ihre Zufriedenheit über die Entscheidung der Regierung Bergers aus, vor dem *Internationalen Menschenrechtsgericht* (CIDH) die staatliche Schuld für das Verbrechen anzuerkennen.

Carpio Nicolle wurde am 03. Juli 1993 gemeinsam mit zwei Bodyguards und seinem Schwager ermordet, als sie im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes, für den Carpio kandidierte, in Chichicastenango, Quiché, unterwegs waren und von einer Gruppe von mindestens 15 maskierten und bewaffneten Männern angegriffen wurden. Diese Männer waren Mitglieder der Zivilpatrouillen (PAC).

Gemäss dem *Zentrum für Justiz und Internationales Recht* (CEJIL), mit dessen Beratung der Fall nun vor das CIDH getragen worden ist, waren die nationalen Ermittlungen und das entsprechende Verfahren von vornherein unsauber. Wichtige Beweise für das Verbrechen, dem eindeutig politische Motive zugrunde lagen, wurden

verborgen, die Akte verlor sich, die StaatsanwältInnen, die sich des Falles annahmen, wurden bedroht, ebenso die ZeugInnen. Die einzige beschlagnahmte Waffe, die mit dem Verbrechen in Beziehung gesetzt wurde, verschwand auf illegale Weise aus dem Land.

Auch der jetzige Gerichtsprozess, der Anfang Juli vor dem CIDH in San José, Costa Rica, stattgefunden hat, blieb nicht ohne Begleiterscheinungen. So wurde die Journalistin und ehemalige Staatsanwältin gegen die Korruption, Karen Fischer, vor ihrem Haus von drei bewaffneten Männern bedroht, einer ihrer vom Staat gestellten Bodyguards wurde bei diesem Übergriff schwer verletzt. Karen Fischer, Schwägerin des Ermordeten, war, was offiziell bekannt gegeben worden war, als wichtige Zeugin zum Prozess geladen. Auch Frank LaRue, derzeitiger Menschenrechtsbeauftragter der entsprechenden Präsidentschaftlichen Kommission, wurde zur Zielscheibe. Er erhielt zwei Tage nach dem Vorfall mit Fischer per Telefon Morddrohungen, die sich sowohl auf ihn als auch auf Karen Fischer bezogen. Nur in Bezug auf den Fall Carpio habe Kontakt zwischen ihnen bestanden,

also seien beide Ereignisse mit dem Gerichtsprozess in Verbindung zu bringen, so Fischer.

Karen Fischer und die Witwe von Carpio Nicolle, Marta Arrivillaga, die nun beide in San José angehört wurden, waren bereits Nebenklägerinnen in dem Gerichtsprozess gewesen, der in Guatemala gehalten wurde und bei dem fünf ehemalige PACs verurteilt und später wieder entlastet wurden.

Das Urteil vom CIDH wird in den nächsten Monaten erwartet.

Auch von Seiten der Europäischen Union geniesst die Entscheidung Bergers, im Namen des Staates Verantwortung zu übernehmen, Zustimmung. Für Joao Melo de Sampaio, Verhandlungsabgeordneter der Europäischen Kommission in Guatemala, ist die Botschaft eindeutig: Auch wenn der Fall nicht die internationale Aufmerksamkeit erhielt wie andere, sei dennoch erreicht worden, dass der Staat seine Schuld anerkenne. "Der Fall der Anthropologin Myrna Mack war eine Antwort auf den internationalen Druck. Währenddessen zeugt der Fall Carpio von der Glaubwürdigkeit der Institutionen, die auf dem Weg zu demokratischen Prozessen sind," so Melo de Sampaio.

## Bürgermeister ermordet

**Quetzaltenango, 04. August.** Nachdem die BewohnerInnen von Génova Costa Cuca zehn Tage vorher noch die Gouverneurin des Departements, Norma Quixtán, um Intervention ersuchten, um gegen die destruktiven Handlungen des Bürgermeisters Marciano Pérez der Gemeinde vorzugehen, wurde dieser am 2. August von Unbekannten erschossen. Laut Sabino Alvarado vom Gemeindeentwicklungsrat (COCODE), beschwerte man sich darüber, dass Pérez die Durchführung von Entwicklungsprojekten paralyisierte, einige Gemeinden hinsichtlich mancher Vorhaben ausschloss, sich allmächtig in Entscheidungen der Bevölkerung einmischte sowie die Gründung des Munizipalen Entwicklungsrates (COMUDE) verweigerte. Dabei sei man laut Alvarado bei einer Anhörung mit dem kritisierten Bürgermeister noch zu einer zufrieden stellenden Einigung gelangt, die die vorherigen Schwierigkeiten beseitigen sollte. Er fordert im Einklang mit der Ablehnung des Mordes von Seiten der sozialen Sektoren Génovas die Autoritäten zur Aufklärung des Verbrechens auf. Der Bürgermeister war in Begleitung zweier

Leibwächter unterwegs, die bei dem Vorfall verletzt wurden.

Pérez wurde im November, unterstützt vom BürgerInnenkomitee La Piña, gewählt. Derweil hat die erste Stadträtin, Silvia Robles, gemäss dem Wahlgesetz, den Posten der Bürgermeisterin übernommen. Wie sie selber sagte, bedeute dieses Amt eine Herausforderung für sie, einerseits weil sie keine speziellen politischen Erfahrungen habe und das politische Klima in Génova sehr angespannt sei und zum andern, weil sie als Frau einen besonders schwierigen Stand habe.

Die Gemeinde Génova ist immer wieder im Gespräch, befindet sich doch in ihrem Verwaltungsbezirk die Finca María de Lourdes, deren Arbeitende anhaltend nicht nur mit der Räumung der Finca bedroht werden. Sie fordern bereits seit 1992 die Gewährung diverser Arbeitsrechte, die ihnen verweigert werden. Anfang Juli gewann die Vergewaltigung der 15jährigen Tochter von Gewerkschaftsmitgliedern durch Sicherheitsangestellte der Finca öffentliche Aufmerksamkeit. Von entsprechenden Ermittlungen ist bislang keine Rede.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**  
**Bankverbindung:**  
**Postbank Karlsruhe**  
**BLZ: 660 100 75**  
**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**  
**Aboverwaltung:**  
**Ewald Seiler**  
**Rahel-Varnhagen-Str. 15**  
**79100 Freiburg**  
**fijate@web.de**  
**Redaktion:**  
**Barbara Müller**  
**Christiane Treack**  
**c-tree@gmx.net**  
**Jahres-Abo: 55.- €**  
**Auslands-Abo: 60.- €**  
**E-Mail-Abo: 50.- €**  
**Erscheinungsweise**  
**14-täglich.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**